EV.-LUTH. LANDESKIRCHE HANNOVERS

DAS LANDESKIRCHENAMT

Hannover, den 11. Dezember 1996
Rote Reihe 6 (PLZ für Pakete: 30169)
Telefon: 0511/1241-0 Durchwahl: 1241-770
Telefax: 0511/1241- 163
Auskunft erteilt: Herr Michaelis
Az.: 5430-1.6 I, III 10 R 100-1

Rundverfügung G30/1996

Erprobungen zur Förderung und Verbesserung der kirchlichen Arbeit in der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers

Bezug: Verordnung mit Gesetzeskraft über Möglichkeiten zur Erprobung der Förderung und Verbesserung der kirchlichen Arbeit in einzelnen Kirchengemeinden und Kirchenkreisen der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers (**Erprobungsvorschrift**)

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Kirchensenat hat mit Zustimmung des Landessynodalausschusses am 19. September 1996 die im Bezug angegebene Erprobungsvorschrift (ErprobV) beschlossen. Sie ist am Tage nach ihrer Verkündung im Kirchlichen Amtsblatt Nr. 13/1996 vom 21. November 1996 (S. 228 ff.) in Kraft getreten und von der 22. Landessynode in ihrer III. Tagung vom 26. bis 29. November 1996 bestätigt worden. Mit dieser Rundverfügung wollen wir Ihnen die durch die Erprobungsvorschrift allgemein eröffneten Möglichkeiten für Erprobungen zur Förderung und Verbesserung der kirchlichen Arbeit und den damit verbundenen Verfahrensweg erläutern.

Die bisher vom Kirchensenat auf Grund des Erprobungsgrundlagengesetzes (KABI. 1995, S. 201) beschlossenen Verordnungen mit Gesetzeskraft haben die Umsetzung von einzelnen Projekten zur Erprobung von neuen Formen der kirchlichen Arbeit ermöglicht, die von den Projektträgern selbst für ihren Arbeitsbereich vorgeschlagen worden sind. Die jetzt vorliegende Erprobungsvorschrift enthält mehrere Angebote für unterschiedliche Erprobungsmöglichkeiten, die von Kirchengemeinden und Kirchenkreisen aufgegriffen werden können. Das soll in einem Antragsverfahren geschehen, das in dieser Rundverfügung näher erläutert wird.

Wir nehmen an, daß viele kirchliche Körperschaften von den Erprobungsmöglichkeiten Gebrauch machen wollen; denn die Erprobungsvorschrift geht auf vielfache Anregungen der Kirchengemeinden und Kirchenkreise zurück.

Was können Kirchengemeinden erproben?

1. Vereinfachungen bei der Arbeit des Kirchenvorstandes:

- » Die Mitglieder des Pfarramtes können von der Pflicht freigestellt werden, den Vorsitz oder statt dessen die Stellvertretung im Vorsitz des Kirchenvorstandes wahrzunehmen (§ 2 Nr. 1 ErprobV).
- » Zur Beschlußfähigkeit des Kirchenvorstandes kann auf die allgemein vorgeschriebene Anwesenheit eines Geistlichen oder einer Geistlichen verzichtet werden (§ 2 Nr. 2 ErprobV).
- » Es kann ein Verwaltungsausschuß gebildet werden, der in festgelegten Aufgabenbereichen abschließend anstelle des Kirchenvorstandes entscheidet und dem Kirchenvorstand berichtet (§ 2 Nr. 3 ErprobV).
- » Dem Pfarramt kann ein jährlicher Rechenschaftsbericht sowie die Vorlage einer Vorausplanung der Arbeit abverlangt werden (§ 2 Nr. 6 ErprobV).

2. Förderung des Spendenwesens:

- » Eine Kirchengemeinde kann sich für ein Vierteljahr aus dem landeskirchlichen Kollektenplan lösen und die gottesdienstlichen Sammlungen einem besonderen eigenen Vorhaben widmen (§ 2 Nr. 4 ErprobV).

- » Eine Kirchengemeinde kann für einzelne Sammlungen (beispielsweise Spenden und Gaben für eine Orgel oder Glocken) eine Treuhandkasse einrichten. Das macht die Nebengeleise eines Fördervereins entbehrlich (§ 2 Nr. 5 ErprobV).

3. Vollzug der Stellenplanung:

- » Im Vollzug der Stellenplanung sind zur Bewältigung der Einsparungen mannigfaltig Verbund-Lösungen möglich. Für kleinere Regionen können Kirchengemeinden die pfarramtliche Versorgung gemeinsam und phantasievoll durch verabredete Zusammenarbeit regeln. Wichtige Entscheidungen, die einheitlich getroffen werden müssen, können einer gemeinsamen Stelle übertragen werden. Modell-Regelungen für einschlägige Vereinbarungen werden angeboten (§ 5 ErprobV).

Was können Kirchenkreise erproben?

1. Regionale gottesdienstliche Versorgung:

- » Zur gottesdienstlichen Versorgung kann mit den Kirchenvorständen und Pfarrämtern mehrerer Kirchengemeinden ein regionaler Plan beschlossen werden. Darin werden Schwerpunkt-Angebote, eine entsprechende Dienstverteilung sowie die personelle Einsatzplanung als maßgeblich festgelegt. Der Kirchenkreisvorstand lenkt das Projekt (§ 3 Abs. 1 ErprobV).

2. Aufhebung der Zweckbindung bei Zuweisungen:

- » Bei den Zuweisungsmitteln kann die Zweckbindung aufgehoben werden. Der Kirchenkreistag beschließt den Antrag (§ 3 Abs. 2 ErprobV).

Wo und wie werden Anträge auf Beteiligung gestellt ?

Über die Zulassung einer Erprobung entscheidet der Kirchensenat (§ 6 ErprobV). Die Anzahl der Zulassungen ist begrenzt (§ 6 Abs. 3). Anträge sind jedoch zunächst zur Vorbereitung an das Landeskirchenamt zu richten. Sie werden dann nach Klärung eventueller Rückfragen dem Kirchensenat zur Beschlußfassung vorgelegt. Allen Anträgen ist eine Projektbeschreibung beizufügen, aus der der Zweck, die Dauer und die fachliche Begleitung und Auswertung der Erprobung ersichtlich sind. Das Landeskirchenamt und die Pastoralsoziologische Arbeitsstelle (Gemeindeberatung) helfen Ihnen hierbei auf Wunsch mit Ratschlägen.

Anträge von Kirchengemeinden

Den Anträgen nach § 2 ErprobV ist ein entsprechender Beschluß des Kirchen Vorstandes beizufügen. Bei Anträgen, die Vorsitz und Teilnahme von Mitgliedern des Pfarramtes im Kirchenvorstand betreffen (§ 2 Nr. 1 und 2), ist zusätzlich die schriftliche Zustimmung des Pfarramtes notwendig. Beschlüsse über die Bildung eines Verwaltungsausschusses (§ 2 Nr. 3) sollen den übertragenen Aufgabenbereich konkret benennen und die Befugnisse vollständig auflisten. Ausnahmeanträge zum Kollektenplan (§ 2 Nr. 4) müssen besonders eingehend begründet sein und dabei das von der Kirchengemeinde geförderte Projekt einleuchtend hervorheben. Die Einrichtung einer Treuhandkasse nach § 2 Nr. 5 bedarf ebenfalls der Darlegung eines konkreten Vorhabens, das die Kirchengemeinde durch Spenden finanzieren will.

Bei Anträgen auf Zulassung regionaler Zusammenarbeit nach Vereinbarungen gemäß § 5 ErprobV sind ein Entwurf für die abzuschließende Vereinbarung und übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Kirchenvorstände und Pfarrämter, aus denen das Einverständnis zum Abschluß der Vereinbarung hervorgeht, vorzulegen. Außerdem ist dem Antrag eine Stellungnahme des Kirchenkreisvorstandes beizufügen. Ein Modell-Vorschlag für die erforderliche Vereinbarung ist aus der Anlage ersichtlich.

Anträge von Kirchenkreisen

Erprobungen für eine regionale gottesdienstliche Versorgung gemäß § 3 Abs. 1 ErprobV müssen vom Kirchenkreisvorstand beantragt werden. Dem Antrag ist ein umfassendes Konzept, insbesondere der ausgearbeitete Plan beizufügen, nach dem die gottesdienstliche Versorgung in einer bestimmten Region erfolgen soll. Hierbei sind detaillierte Angaben insbesondere zu Ort, Zeit und Art der geplanten Hauptgottesdienste notwendig. Zusätzlich müssen übereinstimmende Beschlüsse aller an der Erprobung beteiligten Kirchenvorstände und Pfarrämter vorgelegt werden. Anträgen auf Aufhebung der Zweckbindung bei Zuweisungen gemäß § 3 Abs. 2 ist ein entsprechender Beschluß des Kirchenkreistages beizufügen.

Im übrigen können Ratschläge und Hilfe zu Formulierungen vom Landeskirchenamt in Anspruch genommen werden. Als erste Ansprechpartner stehen Ihnen vor allem KAR Michaelis (Tel.: 1241-770) und OLKR Dr.

Meyer (Tel.: 1241-279) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. von Vietinghoff

Anlage

Anlage zur Rundverfügung G30/1996 vom 11. Dezember 1996

Modell-Vorschlag
für eine Vereinbarung gemäß § 5 Erprobungsvorschrift

§ 1

(1) Die Ev.-luth. Kirchengemeinden ..... bilden eine Arbeitsgemeinschaft. Gegenstand der Arbeitsgemeinschaft ist die Zusammenarbeit der beteiligten Kirchengemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, insbesondere im pfarramtlichen Dienst. Die Arbeitsgemeinschaft trägt den Namen

"....."

(2) Die rechtliche Selbständigkeit der Kirchengemeinden und die kirchengesetzlichen Entscheidungskompetenzen der verfassungsmäßigen Organe der Kirchengemeinden (Kirchenvorstand und Pfarramt) bleiben unberührt, sofern im folgenden nichts anderes vereinbart worden ist.

§ 2

Die Pastoren und Pastorinnen, die gemäß § 19 KGO in den beteiligten Kirchengemeinden das Pfarramt verwalten, und der dort tätigen Diakone oder Diakoninnen arbeiten im Bereich ..... (der Arbeitsgemeinschaft) ..... zusammen.

§ 3

(1) In den Kirchengemeinden werden Pfarrbezirke gebildet. Je einen Pfarrbezirk bilden die Kirchengemeinden .....

(2) Dem einzelnen Pastor oder der einzelnen Pastorin werden unter Berücksichtigung der Zahl der Gemeindeglieder ein oder zwei Pfarrbezirke zugewiesen, außerdem einzelne gemeindeübergreifende Aufgabengebiete (z.B. Jugend-, Konfirmanden- oder Seniorenarbeit).

(3) Die Pastoren oder Pastorinnen sind Mitglied im Kirchenvorstand der Kirchengemeinde, der sie nach der Einteilung ihrer Pfarrbezirke zugeordnet sind. Jeder Kirchenvorstand kann einen Pastor oder eine Pastorin, der oder die ..... (in der Arbeitsgemeinschaft) ..... gemeindeübergreifende Aufgaben wahrnimmt, zu seinen Sitzungen einladen.

§ 4

(1) Die in ..... (der Arbeitsgemeinschaft) ..... zusammengeschlossenen Kirchengemeinden nehmen die nach dieser Vereinbarung erforderlichen Aufgaben und Befugnisse durch die ..... (gemeinsame Stelle) ..... gemeinsam wahr.

(2) Die ..... (gemeinsame Stelle) ..... besteht aus .... Mitgliedern, die von den beteiligten Kirchengemeinden jeweils aus ihren Kirchenvorstandsmitgliedern bestellt werden. Dabei entfallen auf die Kirchengemeinden ..... Sitze. Zwei Mitglieder der..... (gemeinsamen Stelle) ..... müssen Pastor oder Pastorin sein.

(3) Die ..... (gemeinsame Stelle)..... ist unverzüglich einzuberufen, wenn dieses eine der Kirchengemeinden verlangt. Den Vorsitz führt ein Mitglied der ..... (Versammlung), (der gemeinsamen Stelle). Dieses wird hierzu von einer der beteiligten Kirchengemeinden im jährlichen Wechsel bestellt. Die Vorschriften des 3. Abschnittes der Kirchengemeindeordnung mit Ausnahme des § 42a finden für die Führung der laufenden Geschäfte entsprechende Anwendung.

(4) Die ..... (gemeinsame Stelle) ..... nimmt für die Kirchengemeinden die Aufgaben und Befugnisse der Kirchenvorstände nach den für das Pfarrstellenbesetzungsrecht geltenden Bestimmungen wahr. Der Kirchenvorstand der Kirchengemeinde, in deren Pfarrbezirk eine Pfarrstelle neu besetzt werden soll, kann den einzelnen Beschlüssen der..... (gemeinsamen Stelle)..... widersprechen.

Erstellt am: 13.01.02

(5) Der Einstellung eines Diakons oder einer Diakonin zum Dienst im Bereich der ..... (Arbeitsgemeinschaft) ..... es unbeschadet der Anstellungsträgerschaft einer kirchlichen Körperschaft im Kirchenkreis der Zustimmung der..... (Versammlung), (der gemeinsamen Stelle).

(6) Bei künftigen Pfarrstellenbesetzungen soll der Grundsatz eingehalten werden, daß in jeder der beteiligten Kirchengemeinden ein Pfarrstelleninhaber oder eine Pfarrstelleninhaberin seinen oder ihren Dienstsitz hat.

(7) Vertretungsregelungen trifft die ..... (Versammlung), (gemeinsame Stelle) .... im Einvernehmen mit dem Superintendenten oder der Superintendentin. Dabei kann in Vakanzfällen von der Ernennung eines Hauptvertreters abgesehen werden, wenn eine wechselseitige Vertretung der Pastoren und Pastorinnen in der..... (Arbeitsgemeinschaft)..... sichergestellt ist. Der Einsatz von anderen Personen für Aufgaben eines Nebenvertreters durch den Superintendenten oder die Superintendentin im Benehmen mit der..... (Versammlung), (gemeinsamen Stelle)..... sowie die entsprechende Regelung der vorübergehenden Vertretung bleiben unberührt. Soweit eine Dauervakanz vorliegt, gilt ein Mitversehungsauftrag als den anderen Pastoren und Pastorinnen in der ..... (Arbeitsgemeinschaft) ..... erteilt; die Aufteilung ihres Dienstes regelt die ..... (Versammlung), (gemeinsame Stelle) ..... im Benehmen mit ihnen.

§ 5

In ..... (der Arbeitsgemeinschaft) ..... können auf Grund übereinstimmender Kirchenvorstandsbeschlüsse einzelne weitere Aufgaben und kraft besonderer Delegation einzelne Befugnisse gemeinsam wahrgenommen werden. Insbesondere können vorbereitende Fachausschüsse, z.B. im Bau-, Friedhofs- und Kindergartenwesen, gebildet werden. Für bestimmte Bereiche der Gemeindegemeinschaft, z.B. Gottesdienste, Jugend-, Konfirmanden-, Frauen- und Männerarbeit, können gemeindeübergreifende Kreise eingerichtet werden.

§ 6

Die Pastoren oder Pastorinnen und der Diakon oder die Diakonin treten mindestens alle vierzehn Tage zur gemeinsamen Dienstbesprechung der..... (Arbeitsgemeinschaft) ..... zusammen. Die Aufgabenbereiche, die gemeindeübergreifend in mehreren Pfarrbezirken wahrgenommen werden, werden im Einvernehmen mit der..... (Versammlung), (gemeinsamen Stelle)..... festgelegt.

§ 7

Jede Kirchengemeinde kann frühestens nach drei Jahren mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Jahresende diese Vereinbarung kündigen. Eine wirksame Kündigung beendet die Arbeitsgemeinschaft.

§ 8

Diese Vereinbarung tritt auf Grund kirchengesetzlicher Zulassung durch übereinstimmende Beschlüsse der beteiligten Kirchengemeinden, die der kirchenaufsichtlichen Genehmigung durch den Kirchenkreis bedürfen, unverzüglich in Kraft. Das Inkrafttreten wird den Kirchengemeinden vom Kirchenkreis bekanntgemacht.